

F 57.291 16.-31. Dez. 1968

Rathaus-Korrespondenz

Sch. 1

39,5

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 16. Dezember 1968



Blatt 3725

Budgetdebatte dritter Tag:

Gesundheitswesen =====

16. Dezember (RK) Heute früh um 9 Uhr begannen die Beratungen des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen). Referentin ist Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ). Aus technischen Gründen bringt die "Rathaus-Korrespondenz" jedoch zuerst das Referat von Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP) zur Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen), die heute als zweites Kapitel beraten wird.

An die Spitze seines Berichtes stellte Stadtrat Dr. Glück die Kombination zwischen nötiger Eigeninitiative und öffentlichen Maßnahmen als Garant der Volksgesundheit. "Nur wenn diese beiden Faktoren in genügendem Maße vorhanden sind, kann ein Optimum im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen erzielt werden", sagte Dr. Glück.

Die Eigeninitiative werde, führte der Referent weiter aus, in erster Linie auf dem weiten Feld der prophylaktischen Medizin wirksam. Es gelte, das Interesse des einzelnen an jenen Maßnahmen zu wecken, die zur Vermeidung von Krankheiten dienen.

Die große Teilnahme und den Erfolg der Impfaktionen führte Stadtrat Dr. Glück auf die ständigen Bekanntmachungen in den Nachrichtenträgern zurück. 550.000 Personen haben sich bisher gegen Kinderlähmung impfen lassen, mehr als 200.000 beteiligten sich heuer im Frühjahr an der Auffrischungsimpfung. Im kommenden Jahr wird nun die sechste große Kinderlähmungs-Schutzimpfungsaktion durchgeführt werden, erstmalig in zwei Teilimpfungen im Jänner und im März.

./.

In den ~~Gesunden~~ Untersuchungsstellen konnten bei 77,6 Prozent der Untersuchten die verschiedensten Erkrankungen festgestellt werden. Wie gründlich diese Untersuchungen vor sich gehen, ist am besten daraus zu ersehen, daß zum Beispiel bei 6.000 Personen nahezu 95.000 Teiluntersuchungen gemacht wurden. Schon im Jänner des kommenden Jahres soll eine vierte Gesundenuntersuchungsstelle im 13. Bezirk errichtet werden.

Der Berichterstatter befaßte sich auch mit einem Sonderproblem: Schon im nächsten Jahr wird die gesetzliche Möglichkeit bestehen, Patienten, die krankheitsuneinsichtig und asozial sind, in geschlossenen Anstalten unterzubringen. Stadtrat Glück sagte, er halte das deshalb für so wichtig, weil mit dem allgemeinen Rückgang der Tuberkulose in der Bevölkerung diese einzelnen, undisziplinierten Bazillenstreuer immer gefährlicher werden.

Eingehend befaßte sich der Referent mit der gesundheitlichen Betreuung der Schulkinder: "Zirka 150.000 Kinder werden jährlich von unseren Ärzten untersucht, 70.000 orale Poliomyelitis-Schutzimpfungen und 4.000 Pockenschutzimpfungen wurden heuer in den Schulen verabreicht. 5.000 Kinder wurden der neuen augenärztlichen und ebensoviele der neuen ohrenärztlichen Untersuchungsstelle zugeführt."

Der Stadtrat erwähnte auch den Ausbau der Kieferorthopädischen Station und stellte zusätzlich fest, daß sich auch die neue Narkosestation außerordentlich bewährt hat. Die Fluortabletten wurden im heurigen Jahr bereits in einem Ausmaß von 25.000 Packungen an die Wiener Jugend ausgegeben, die dadurch vom frühesten Kindesalter bis zur Schulentlassung mit kariesverhütenden Tabletten versorgt wird.

Zur Problematik "Spitalsbett" führte Dr. Glück aus: "Wenn die derzeitigen Kosten eines Bettes in einem Krankenhaus der Gemeinde Wien pro Tag zirka 520 Schilling betragen, der Hauptverband pro Bett seit 1. Oktober 1968 155 Schilling zahlt, so kann man aus diesen beiden Zahlen eine zunehmende finanzielle Belastung des Spitalerhalters deutlich erkennen.

Die Erhaltung eines Krankenhauses wird damit immer mehr zu einem brennenden Problem, das dringend einer Lösung bedarf. Es ist zu hoffen, daß die seit einiger Zeit laufenden Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministerien und den öffentlichen Körperschaften ein positives Ergebnis zeitigen werden."

Der nächste Punkt in den Ausführungen von Stadtrat Dr. Glück waren die großen Vorhaben im Bereiche des Krankenhausbaues. Hervorstechendstes Ereignis im Zuge der Neubauten der Universitätskliniken war vor einigen Monaten die Gleichenerfeier der neuen Psychiatrie. Dieser Trakt befindet sich in unmittelbarer Nähe der im Juli offiziell eröffneten Wohnbezirke für das Krankenpflegepersonal. Für den Bau dieser Gebäudegruppe, die die psychiatrische Klinik, die Kinder- und Jugendpsychiatrie, weiter die Kinderklinik und die heilpädagogische Abteilung sowie auch einen Kindergarten umfaßt, wurden die finanziellen Erfordernisse genehmigt. Im Augenblick wird an der Detailplanung der Kliniken gearbeitet.

Der Stadtrat wies darauf hin, daß aber im Rahmen des gigantischen Projekts auch die bestehenden Kliniken erhalten und in der Adaptierung fortschrittlich gestaltet werden müssen. Schwerpunkt der Generaladaptierung im kommenden Jahr werde die Errichtung einer Kobaltanlage für die I. und II. Universitäts-Frauenklinik sein. Die Arbeiten an der I. medizinischen Universitätsklinik, die unter anderem der Errichtung einer großen Dialyseabteilung dienen, werden im kommenden Jahr beendet werden. Schließlich wies der Redner noch auf die für das Jahr 1969 bevorstehende Eröffnung der Betatronanlage hin.

Auf das zweite große Bauvorhaben im Spitalsektor übergehend, berichtete Stadtrat Dr. Glück über den Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Im vergangenen April konnte bereits die vollautomatisierte Großküche und das Kesselhaus eröffnet, im Herbst die umfangreichen Erdarbeiten für den Bettentrakt abgeschlossen und mit dem Bau des sogenannten Breitfußes begonnen werden.

Der Rohbau dieses Schwerpunktspitals wird im Jahr 1969 bis zum achten Stockwerk vollendet werden.

Als weiteres wichtiges Bauvorhaben wurde der neue Unfallpavillon im Wilhelminenspital bis zur Dachgleiche fertig.

Auch im Krankenhaus Lainz ist man mit umfangreichen Modernisierungsarbeiten beschäftigt. Neuerrichtet wird dort ein Isotopen- und Zentrallaboratorium, neu installiert wird im gesamten Anstaltsbereich eine Rohrpostanlage. Mit Hilfe dieser Anlage werden alle Beschäftigten viel Zeit ersparen können, weil die langen Wege im Bereich dieses Schwerpunktspitales wegfallen.

Der Stadtrat berichtete über die Inbetriebnahme der Kobaltkancne im Franz Josef-Spital, die eine wichtige Maßnahme im Rahmen des Krebsbekämpfungsprogrammes darstellt, über die Errichtung eines eigenen Operationstraktes im Mautner-Markhof'schen Kinderspital, den Umbau des "Pavillon Leopold" in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe und die Schaffung eines Operationstraktes im Elisabethspital. Dann kam Stadtrat Dr. Glück auf das Krankenhaus Wien-Ost zu sprechen. Er hoffe, daß auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses dieses seit einiger Zeit in Planung begriffene Projekt nun intensiv vorangetrieben wird, betonte der Redner. Um die Situation der psychisch Erkrankten zu verbessern, wurde der Pavillon 24 des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien neu gestaltet und für besonders schwer erkrankte Patienten reserviert. Auch das Rehabilitationszentrum im Psychiatrischen Krankenhaus konnte heuer seiner Bestimmung übergeben werden. In den mustergültig ausgestalteten Werkstättenpavillons können fünf verschiedene Berufsarten erlernt, beziehungsweise ausgeübt werden. Im Rahmen dieser Beschäftigung werden die Kranken nicht nur getestet, sondern in einer ihnen zumutbaren Tätigkeit re-sozialisiert. Gleichfalls modernisiert wird die Heil- und Pflegeanstalt in Ybbs an der Donau. In unseren Altersheimen werden wir im kommenden Jahr eine Reihe von verschiedenen Verbesserungen durchführen.

Durch die Adaptierung des Neurologischen Pavillons im Altersheim Lainz wurde eine mustergültige Modellstation für chronisch Erkrankte geschaffen. Als anlässlich eines internationalen Kongresses über die Multiple Sklerose Experten aus dem Ausland ihre Beratungen in der Modellstation abhielten, waren sie voll des Lobes über die Einrichtungen, die vorhandenen medizinischen Möglichkeiten und das speziell geschulte Personal, das für diese besonders Behinderten zur Verfügung steht. Im kommenden Jahr wird mit einem Aufwand von 13 Millionen Schilling ein weiterer Pavillon des Altersheimes Lainz umgebaut.

Die völlige Neugestaltung des Pavillons 2 im Altersheim Baumgarten kostet insgesamt 73 Millionen Schilling.

Vor der Sanierung steht auch das Altersheim Liesing, wofür im Budget eindreiviertel Millionen Schilling vorgesehen sind. Die Altersheime Ost und Süd befinden sich im Planungsstadium.

In der Folge beschäftigte sich Stadtrat Dr. Glück mit dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Nach der Fertigstellung der im Umbau befindlichen Rettungsstation Mariahilf und des Neubaus der Rettungsstation in der Lidlgasse in Hernals wird der Wiener Rettungs- und Sanitätsdienst zur Gänze überholt. Neben der Adaptierung der Stationen werden noch sechs moderne Ambulanzfahrzeuge und verschiedene medizinische Apparate angeschafft werden. Alles in allem kann man feststellen, daß wir Wiener auf unsere Rettung stolz sein dürfen: Ihre Einrichtung, ihre Organisation und die Möglichkeiten des sofortigen Einsatzes machen sie zu einer Institution, die zu den besten in Europa zählt.

Ebenso verhält es sich mit der Bettenzentrale in der Radetzkystraße. Abgesehen davon, daß sie für die praktischen Ärzte eine große Erleichterung und Hilfe in ihrer Arbeit darstellt, wurde die Einrichtung Vorbild für ähnliche in Deutschland. Eine bundesdeutsche Kommission, die Vorschläge zur Verbesserung auf dem Gesundheitssektor ausarbeitet, sprach sich dafür aus, in allen westdeutschen Großstädten ähnliche Bettenzentralen einzurichten.

Während der Bedarf bei den Ärzten völlig gedeckt, der im Bereich des Hauspersonals fühlbar erleichtert ist, bestehen nach wie vor große Sorgen auf dem Gebiet des Krankenpflagedienstes. Stadtrat Dr. Glück meinte, man müsse im kommenden Jahr die größten Anstrengungen unternehmen, um durch Werbung, verbesserte Arbeitsbedingungen und Schaffung komfortabler Wohnstätten den Beruf der Krankenschwester attraktiver und erstrebenswerter zu gestalten.

./.

Abschließend beschäftigte sich der Gesundheitsstadtrat mit der Forschungsarbeit, die im Rahmen der Wiener Gemeindepitäler geleistet wird. Die zuerkannten Preise für hervorragende wissenschaftliche Tätigkeit, die unzähligen Einladungen zu internationalen Symposien beziehungsweise das Interesse der ausländischen Kollegen, wissenschaftliche Tagungen in Wien abzuhalten, geben beredtes Zeugnis dafür, daß die Wiener Medizinische Schule lebt und auch im Ausland hohes Ansehen genießt.

Daß wir den jungen Ärzten in unseren Anstalten Möglichkeiten bieten, mit städtischen Mitteln auch Forschungsarbeiten durchzuführen, und dies in weit größerem Umfang als früher, verdient hier besonders angeführt zu werden. Abschließend möchte ich noch einmal feststellen, daß mir die grundsätzliche Zusage gegeben wurde, daß zusätzliche Mittel zur Finanzierung großer Bauvorhaben flüssig gemacht werden können, wenn es der Baufortschritt verlangt und wir mit den ausgewiesenen Budgetmitteln nicht das Auslangen finden können.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Budgetdebatte dritter Tag:

Wohlfahrtswesen

=====

16. Dezember (RK) Im ersten Referat des heutigen dritten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus sprach Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi (SPÖ) über das Kapitel IV, Wohlfahrtswesen:

Jede Budgetvorlage sei Rückblick und Vorschau, dies gilt für den Voranschlag 1969 besonders, denn mit ihm gehe wieder ein Fünf-Jahresplan zu Ende.

Der größte Umbruch im sozialen Denken und damit für die Sozialarbeit in unserer Stadt vollzog sich nach dem ersten Weltkrieg. Er ist untrennbar mit dem Namen Prof. Tandler verbunden und war Ausgangspunkt für ein neues soziales Denken auch in anderen europäischen Staaten. Nach der Unterbrechung durch Faschismus und Krieg begann man mit der Aufbauarbeit, und heute können wir mit Stolz feststellen, daß Experten und Studiengruppen aus aller Welt nach Wien kommen, um unsere Einrichtungen für Kinder und für unsere alten Mitbürger kennenzulernen.

Der Voranschlag 1969 sieht Ausgaben von 1.238,115.500 Schilling vor, denen Einnahmen von 314,437.300 gegenüberstehen. Ohne die Ansätze für Lehrlingsheime und Altersheime, deren Verwaltung der Geschäftsgruppe V obliegt, sind für das Wohlfahrtsressort 886,7 Millionen an Ausgaben und 195,436.100 Schilling an Einnahmen vorgesehen.

Die Wohlfahrtspflege

Obwohl die Zahl der Empfänger einer Dauerunterstützung von 8.314 im Jahr 1960 auf 7.505 im Jahr 1968 gesunken ist, wurden die Ausgaben für Dauerunterstützungen von 60,3 Millionen Schilling im Jahr 1960 auf 97,2 Millionen für 1969 erhöht. Damit gelang es, den Lebensstandard der Befürsorgten wesentlich zu heben und dem der ASVG-Rentner anzupassen.

./.

Im vergangenen Jahr wurde das System der Dauerunterstützungen grundlegend geändert. Die Fürsorge oder Sozialarbeit von heute hat sich sowohl in ihrem Inhalt als auch in ihren Methoden weit über die Armenpflege hinaus entwickelt. Die Sozialreferenten der österreichischen Bundesländer haben in jahrelanger Arbeit den Musterentwurf eines Fürsorgegrundsatzgesetzes ausgearbeitet, der für moderne, anpassungsfähige Sozialarbeit einen modernen und fortschrittlichen Rahmen bilden sollte. Das zuständige Ministerium hat vor zirka einem Jahr mit einem Gegenentwurf geantwortet, der in seiner sozialpolitischen Tendenz nicht einmal den veralteten und von der Sozialarbeit längst überholten Inhalt des derzeitigen Rechtes erreicht. Die Bundesländer haben diesen Entwurf damals zurückgewiesen und seither war leider nichts mehr zu hören. Die Sozialreferenten haben daher begonnen, einen Mustergesetzesentwurf für ein Landesfürsorgegesetz auszuarbeiten, der nach Fertigstellung dem Landtag vorgelegt werden soll.

Behindertenbetreuung

Der Ansatz sieht 6,4 Millionen vor. Seit dem Inkrafttreten des Behindertengesetzes am 1. Oktober 1966 wurden 1.249 Anträge für die verschiedensten Leistungen gestellt. 1.106 konnten positiv erledigt werden. Die Zahl der Pflegegeldbezieher ist um 42 auf 228 gestiegen. Das Pflegegeld wird im kommenden Jahr auf 648 Schilling erhöht.

In der Betreuung der Behinderten besteht eine gute Zusammenarbeit mit "Jugend am Werk", dem Verein "Lebenshilfe" und der Organisation "Das Band". Auch die Hilfsmaßnahmen für die blinden Mitbürger konnten verbessert und erweitert werden. Die Ausgaben sind fast um 200 Prozent gegenüber den Ausgaben von 1960, und zwar auf 32,260.000 S gestiegen. Derzeit gibt es 3.743 Bezieher einer Blindenbeihilfe. Auch eine Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes ist vorbereitet, die unter anderem eine Erhöhung der Blindenbeihilfe ab 1. Jänner 1969 vorsieht.

Familien- und Individualfürsorge

Im Rahmen der Ehe- und Familienberatung fanden 900 Personen Rat und Hilfe. 14.979 Personen wurden im vergangenen Jahr von der Familien- und Individualfürsorge betreut. Im Hinblick auf die Änderung der Arbeitsmethoden besonders in der Behandlung geistig erkrankter Menschen, kommt der individuellen Betreuung durch qualifizierte Sozialarbeiter besondere Bedeutung zu. Dringend notwendig ist die Förderung des Nachwuchses für soziale Berufe.

Besonders bewährt hat sich die Einrichtung der Hauskrankenpflege und des Heimhilfedienstes. Die Gesamtausgaben für die Wohlfahrtskrankenpflege, in deren Rahmen die Heimhilfe geleistet wird, steigen für das kommende Jahr auf 11,3 Millionen, wovon allein für die Heimhilfe 5,1 Millionen vorgesehen sind. Hauskrankenpflege und Heimhilfe haben sich expansiv entwickelt. Wurden 1960 für die Hauskrankenpflege nur 52.944 geleistete Pflegestunden verzeichnet, waren Ende des vergangenen Jahres bereits 165.079 Pflegestunden geleistet worden. 217 Frauen sind auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet tätig.

1.373 Stundungsansuchen von Wohnungswerbern

Eine neue Aufgabe hat sich für das Sozialreferat in diesem Jahr durch die Neuregelung des Wiener Wohnbauwesens ergeben, welche für die wirtschaftlich Schwachen die Stundung von Eigenmitteln und die Gewährung von Wohnbeihilfen und Mietzinsbeihilfen für § 7-Wohnungen vorsieht. In 177 Fällen wurde voll Stundung gewährt, in 36 Fällen Wohnbeihilfe. In 155 Fällen konnte der Wohnungswerber wohl den zinsfreien Kredit der Zentralsparkasse in Anspruch nehmen, aber die restlichen 10 Prozent, respektive 12 Prozent mußten gestundet werden. In 552 Fällen aber konnten den Wohnungswerbern neben der Rückzahlungsrate an die Zentralsparkasse für den zinsenlosen Kredit auch noch weitere Raten für die Bezahlung der restlichen 10 Prozent oder 12 Prozent zugemutet werden.

Insgesamt wurden 1.373 Stundungsansuchen bis Ende September bearbeitet. Darunter gab es noch 206 Fälle, in denen die Wohnungswerber imstande waren, 10 Prozent bar zu erlegen und für die weiteren 10 Prozent einen Kredit zu beanspruchen, andererseits gab es wieder Fälle, in denen kein Kredit aufgenommen werden und auch keine Barzahlung geleistet werden konnte, aber in kleinen zusätzlichen Raten die Bezahlung des geforderten Baukostenbeitrages geleistet wird. Die Zahlen werden etwas von jenen des Wohnungsamtes abweichen, da in der Vergabestatistik des Wohnungsamtes erst dann registriert wird, wenn der Mietvertrag perfekt ist, also einige Tage nach der Bearbeitung durch die Magistratsabteilung 12. Von den 474 Anträgen um eine Mietzinsbeihilfe konnten 125 bewilligt werden. 52 Millionen Schilling sind zur Bewältigung dieser neuen Aufgaben für das kommende Jahr bereitgestellt.

Bedeutende Aufgaben durch längere Lebenserwartung

Vorausschätzungen des österreichischen Arbeitskräftepotentials bis 1980 zeigen, daß bis 1975 der Anteil der 60- und Mehrjährigen für Österreich, also einschließlich der ländlichen Siedlungsgebiete, von derzeit 18,3 Prozent auf 26,6 Prozent steigen wird. Erst 1979 wird die absolute Zahl an Männern und Frauen in dieser Altersgruppe leicht zu sinken beginnen. Wir müssen also ein gutes Konzept für unsere Altenbetreuung ausbauen, in dem alle Probleme der alten Menschen Berücksichtigung finden. An einer Analyse wird noch gearbeitet. Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Untersuchung geben bereits über bestimmte individuelle, aber auch über die sozialen Probleme überraschende Aufschlüsse. Ein Problem, für dessen Lösung wir alles tun müssen, ist das der Einsamkeit und der Vereinsamung. Vorwiegend Frauen leben allein, und da vor allem die Frauen über 70. Nur 11 Prozent haben noch einen Ehepartner, 19 Prozent noch eine andere Person im Haushalt. 70 Prozent leben jedoch völlig allein. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das rund 75.000 Frauen. Jedoch nur 14 Prozent von ihnen fühlen sich öfter einsam.

Pensionistenklubs und Urlaubsaktion

Erfreulicherweise ist es gelungen die Zahl der Pensionistenklubs wieder um fünf zu vermehren und in dieser Saison 112 Klubs für mehr als 6.000 Besucher zu führen. Für die Führung dieser Klubs werden im kommenden Jahr 7,760.000 S notwendig sein. Im Rahmen dieser Klubs werden Führungen veranstaltet, Ausflugsaktionen, Weihnachtspaketaktionen, Muttertags- und Wiedersehensfeiern, ein Besuch der Wiener Eisrevue usw. unternommen.

Die Landaufenthaltsaktion bietet auch den wirtschaftlich Schwachen die Möglichkeit eines Urlaubes. Für das kommende Jahr sind dafür zwei Millionen Schilling vorgesehen.

Interessanterweise bedeutet gerade für die in den unteren Bereich der gesellschaftlichen Schichtung befindlichen die Pensionierung das größte persönliche Problem. Dieser Personenkreis baut früher als alle anderen seine bescheidenen kulturellen Aktivitäten ab.

Unser stärkster Helfer bei dieser Problematik muß ein ausgebaut und differenziertes Informationssystem werden. Wenn wir in zunehmenden Maß mit Menschen zu tun haben, die sich über ihre Probleme auch noch im Alter informieren wollen, haben wir auch bessere Chancen, rechtzeitig zu helfen.

Eine weitere Voraussetzung ist die Einkommenssituation. Noch immer beträgt die durchschnittliche Arbeiter- oder Angestelltenpension knapp ein Drittel des Aktiveinkommens. 16 Prozent der Männer bis zum 70. Lebensjahr und 17 Prozent der über 70jährigen haben lediglich eine Pension bis 1.500 S. Wir müssen uns daher der Forderung der Sozialisten im Parlament nach Hebung der Pensionseinkommen anschließen. Für den kommunalen Bereich wird die Errichtung des sozialmedizinischen Zentrums sehr wertvoll sein.

Neue Pensionistenheime

Wir werden auch weiterhin Pflegeplätze in Altersheimen schaffen, außerdem aber Pensionistenheime bauen. Derzeit sind vier Pensionistenheime im Bau. 1970 werden 1.143 Plätze verfügbar sein. Im Frühjahr 1969 wird ein neues Pensionistenheim im 10. Bezirk begonnen werden. Insgesamt hat die Stadt Wien bisher 85,8 Millionen Schilling an Krediten bereitgestellt.

Für die Jugend

Für die Arbeit des Wiener Jugendamtes stehen 1969 (ohne Lehrlingsheime) 556,4 Millionen zur Verfügung. Die Zahl der Pflegekinder bewegt sich ständig zwischen 5.200 und 5.600. Trotzdem werden die Ausgaben immer höher, damit das Leben dieser Kinder der Entwicklung des sozialen Standards angepaßt bleibt.

Derzeit wird die Amtsvormundschaft über 21.500 Mündel ausgeübt. Immer mehr geschiedene Frauen wenden sich um Hilfe an das Jugendamt. Die Zahl der Kinder, die wegen Erziehungsschwierigkeiten übernommen werden müssen, ist heuer von 333 auf 546 gestiegen; eine alarmierende Entwicklung, die nach Ansicht der Psychiater intensiver werden wird. Wir haben deshalb, obwohl in jedem Jugendamt ein Psychologe tätig ist, zusätzlich im 9. und 21. Bezirk Erziehungsberatungsstellen eingerichtet. Der Zuspruch ist sehr groß.

Unser Institut für Erziehungshilfe betreut derzeit 378 Kinder; 349 sind vorgemerkt. In Kürze soll eine weitere Zweigstelle eröffnet werden.

Geplant sind weitere Intensivierung der Erziehungsberatung, Ausbau der Freiwilligenberatungen, Intensivierung der Betreuung von Kleinkindern, der Heimbetreuung und Mitarbeit an der ambulanten Nachbetreuung.

Pflegekinder

Bei Pflegeeltern leben nun schon 1.732 Kinder, davon 572 in Wien. Für 137 Kinder konnten Adoptiveltern gefunden werden. Von den derzeit 5.704 städtischen Pflegekindern leben 1.863 in Heimen verschiedener Wohlfahrtsorganisationen, 2.109 in städtischen Heimen. Für den Ausbau dieser städtischen Heime haben wir in dieser Arbeitsperiode des Gemeinderates fast 100 Millionen verwendet. Viele Studiengruppen und bedeutende Experten aus aller Welt kommen nach Wien, um unsere Einrichtungen zu studieren. Daß der eingeschlagene Weg richtig ist, zeigt auch, wenn nächstes Jahr sechs Schüler maturieren und heuer 73 Lehrlinge aus dem Lindenhof ihre Gesellenprüfung bestanden haben.

Für den Bau der Kinderstadt wurden Experten eingeladen, die das pädagogische Konzept ausarbeiten sollen, das die Grundlage für einen Architektenwettbewerb bildet.

Für Kindertagesheime sind im kommenden Jahr 240 Millionen bereitgestellt. Mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen zwölf Kindertagesheime haben wir in Erfüllung unseres Wahlprogrammes 26 Kindertagesheime seit 1964 und 56 seit 1959 gebaut. Damit wurde die Zahl der Gruppen in den letzten zehn Jahren um 287 vermehrt und dafür 201 Millionen Schilling aufgewendet. Dadurch konnten um 4.322 Kinder mehr aufgenommen werden.

Im kommenden Jahr wird mit dem Bau von vier neuen Kindertagesheimen begonnen. Derzeit bilden wir 263 Kindergärtnerinnen aus, außerdem beschäftigen wir 162 Helferinnen im pädagogischen Dienst. Trotzdem ist die Personalsituation angespannt.

Wenn wir nun mit diesem Voranschlag eine Wahlperiode abschließen, in der wir in der Erfüllung unserer Aufgaben ein großes Stück weiter gekommen sind, so sollen diese Ansätze gleichzeitig den Start für neue Aufgaben in der Zukunft beinhalten. Für jene Zukunft, die für die Kinder und Jugendlichen von heute lebendige Gegenwart sein wird.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Anmeldungen für Bundeskonvikt Wien
=====

16. Dezember (RK) Wie der Stadtschulrat für Wien mitteilt, werden Anmeldungen für das staatliche Knabeninternat ("Bundeskonvikt Wien") täglich in der Zeit von 8 bis 12 Uhr in der Kanzlei dieser Anstalt in Wien 2, Josef Gall-Gasse 2, entgegengenommen. Die Eltern werden auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht, welche Schüler aller allgemeinbildenden höheren Schulen pädagogisch betreut. Die Schüler der Unterstufe werden in eigenen Heimklassen unterrichtet. Die Schüler der Oberstufe hingegen besuchen Schulen in der Umgebung des Konvikts. Alle Studierenden sind in Erziehungsgruppen zusammengefaßt, die eine familienähnliche Gemeinschaft bilden und werden zum Studium und zur wertvollen Gestaltung der Freizeit angehalten.

- - -

"Ludwig Boltzmann-Institut für Andrologie" eröffnet
=====

16. Dezember (RK) Heute mittag eröffnete Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Kardinal Erzbischof Dr. Franz König und zahlreicher Ehrengäste das neue "Ludwig Boltzmann-Institut für Andrologie" in der Großen Mohrengasse 9, in der Leopoldstadt. Der Bürgermeister führte dabei aus: "Wenn ich heute die 'Ludwig Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich' im Namen der Stadt Wien herzlich begrüße und zur Eröffnung des neuen Instituts für Andrologie beglückwünsche, erfüllt mich dies mit besonderer Freude und - Sie werden mir diese Feststellung erlauben - auch mit gewissem Stolz. Ich will die Atmosphäre dieses heutigen Beisammenseins nicht trüben, aber ich glaube doch, sagen zu müssen, daß wir alle es sehr bedauern, daß staatlicherseits die Boltzmann-Gesellschaft seit dem letztem Jahr überhaupt keine finanzielle Unterstützung bekommt. Es war ein Akt der Selbstverständlichkeit, daß die Gemeinde Wien eingesprungen ist, um das erfolgreiche Weiterwirken dieser

Gesellschaft zu ermöglichen. Wir haben dies weder aus Prestige noch aus Konkurrenzgründen gemacht. Wir handelten nur in der einen Überzeugung, daß diese bereits international bekannte und für die Forschung äußerst notwendige Gesellschaft unbedingt erhalten werden muß. Und wir sind überzeugt, daß diese Form der Wissenschaftsförderung durch die Stadt Wien sicherlich auch ihre Anerkennung findet. Die Millionenbeträge, die in den letzten zwei Jahren von der Gemeinde Wien, von Seiten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Wiener Arbeiterkammer zur Verfügung gestellt wurden, ermöglichten es der Boltzmann-Gesellschaft, ihre Tätigkeit erfolgreich umzustellen und durch Gründung von wissenschaftlichen Instituten neue Wege der Forschung und der Praxis zu beschreiten.

Die bisherigen Arbeiten der Einzelforschung und der Institute lassen erkennen, daß die Boltzmann-Gesellschaft ihre hauptsächliche Aufgabe darin erblickt, über die jeweilige Fachdisziplin hinaus neue Verbindungen mit der Praxis zu finden und die Wissenschaften in ihren gesellschaftlichen Zusammenhang stellen. Darüber hinaus sollen auch in der Forschung selbst neue Wege beschritten werden. Ein Beispiel dafür ist das Programm des nunmehr gegründeten Instituts für Andrologie. Die Andrologie wird je nach Land von verschiedenen medizinischen Fächern betreut. In Österreich war sie bisher zwischen Gynäkologen, Urologen, Laboratorien, Dermatologen, Internisten und Psychiatern in Teilgebiete aufgesplittert. Ein einheitliches Institut mit komplexer Aufgabenteilung gab es bis jetzt nicht; durch dieses neue Institut soll hier also Abhilfe geschaffen werden.

Die von diesem Institut zu erwartenden Leistungen können, meines Erachtens nicht hoch genug eingestuft werden: denn die zu behandelnden, beziehungsweise vorzubeugenden Schäden sind nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern darüber hinaus für die Familie von größter Bedeutung. Durch die körperliche und seelische Auswirkung solcher Störungen ist meistens der Ehepartner in Mitleidenschaft gezogen, und die Betroffenen kommen auch in ein fehlerhaftes Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, welches sich in den verschiedensten Erscheinungsformen

in sozialer Hinsicht äußerst nachteilig auswirken kann. Die zeitgerechte Diagnose und schon in der Jugend einsetzende Therapie ist daher von größter Bedeutung für die Hintanhaltung solcher Störungen. Nach dem heutigen Stand der Forschung bestehen bereits bei einem Drittel der Fälle reale Heilungsaussichten.

Die Tatsache, daß dem neuen Institut das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder zur Verfügung steht, schafft für die Boltzmann-Gesellschaft selbstverständlich finanzielle Erleichterungen, da sie die vorhandenen hervorragenden Einrichtungen dieser Anstalt, insbesondere ihre urologische Ambulanz, ihr Laboratorium und ihren Röntgenraum benützen und auf den schon vorhandenen Ergebnissen weiterforschen und weiterwirken kann. Dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder gebührt für diese großzügige Starthilfe ganz besonderer Dank. Ich wünsche dem neuen Forschungsinstitut und seinen Mitarbeitern Erfolg und Glück - zum Wohle der Wissenschaft und derer, die ihrer Hilfe bedürfen. Ich bin überzeugt, daß das neue Institut seine medizinischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben voll erfüllen wird." Mit diesen Worten erklärte der Bürgermeister das Institut für eröffnet.

An die Eröffnung schloß sich ein Empfang im Festsaal des Konvents der Barmherzigen Brüder an.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Die Wohlfahrtsdebatte

=====

16. Dezember (RK) Als erster Debattenredner stellte GR. Lauscher (KLS) fest, daß seit eineinhalb Jahren der Familienbeirat bei der Bundesregierung besteht, daß man aber auf Landes- oder Gemeindeebene nichts von einer Initiative zugunsten der Familie bemerken könne. Es scheine unserer Zeit leichter zu fallen, technische Probleme zu lösen als menschliche.

Man müsse die Familie positiv sehen. Sie befindet sich heute nicht in einer Krise und in Auflösung, sondern mache einen Erneuerungsprozeß durch. Die Tatsache, daß heute viele Frauen berufstätig sind, hat zu einer neuen Art familiärer Beziehungen geführt. Die Familienmitglieder bringen heute mehr Verständnis füreinander auf, es herrscht auch ein stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Es sei erfreulich, daß Wien hinsichtlich des Schulwesens einen vorderen Platz einnehme. Aber diese Tatsache dürfe nicht überbewertet werden. Gerade in der Großstadt gebe es viele Probleme, durch die vor allem die Frauen belastet werden. Es wäre wünschenswert, daß Wien eine besondere Initiative entwickelt, um diese Probleme zu lösen.

Der Redner begrüßte die Initiative der Sozialstadträtin, ein Fürsorge-Grundgesetz auf Landesebene zu erarbeiten.

Trotz der Eröffnung neuer Kindergärten ist die Zahl an Kindergarten- und Hortplätzen noch immer viel zu gering. Mehr als die Hälfte der im Kindergartenalter befindlichen Kinder hat nicht die Möglichkeit, Aufnahme zu finden.

Der Redner verlangt die Verlängerung des Karenzurlaubes bis zum 3. Lebensjahr des Kindes und fordert die Gewährung einer Kleinstkinderzulage aus den Überschüssen des Familienlastenausgleichsfonds. Auch die Zahl der Plätze in den Krippen und Krabbelstuben sei zu gering.

Schule und lernen: Ein Kind kann nur dann gute Erfolge in der Schule aufweisen, wenn es zu Hause konsequente Lernhilfe erhält. Diese Hilfe ist für viele Eltern durch die Arbeitsüberlastung oder weil ihre seinerzeitigen Schulkenntnisse den heutigen Erfordernissen nicht mehr entsprechen, nicht möglich. Der Redner verlangt Nachmittagsschulen und Horte, die den Kindern auch die nötige Hilfe beim Lernen bieten.

Wir müßten verlangen, daß Betriebe und Branchen, die hauptsächlich Frauen beschäftigen, in erster Linie die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen. Auch die Führung von Ganztagschulen könnte Hilfe bringen.

Die Hortbeiträge bezeichnet der Redner als zu hoch.

Auf den Hochschulen zeigt es sich, daß das Studium immer mehr Zeit in Anspruch nimmt, daß die jungen Menschen also viel später die Möglichkeit haben, Geld zu verdienen und so lange nicht mit dem Heiraten warten wollen. Im Interesse einer Generation, die sich viele Jahre dem Studium widmet und der man nicht allein mit moralischen Ratschlägen kommen dürfe, müßte man hier Hilfe leisten.

Der Redner begrüßt die Schaffung des neuen Berufes einer Fürsorgeassistentin. Leider ist die Zahl der Fürsorgerinnen ja noch immer zu gering. Eine bessere Einstufung wäre an der Zeit.

Eine immer wiedergestellte, jedoch noch immer unerfüllte Forderung ist die Pensions- und Krankenversicherung der Pflegemütter.

Der Redner verlangt die Angleichung der Fürsorgegrundsätze an die Dynamik der Pensionen nach dem ASVG, da die Zahl der wirtschaftlich Schwachen noch immer sehr groß ist. Die derzeitigen Regreßbestimmungen und ihre Handhabung bezeichnet er als unsozial. Auf keinen Fall dürfte es vorkommen, daß sogar ein Bezieher einer Ausgleichszulage gepfändet wird. Für alle Bezieher einer Ausgleichszulage fordert der Redner eine Heizzulage.

Die Hauskrankenpflege und Heimhilfe müßte noch weiter ausgebaut werden.

Wohnungstauschwünsche der alten Menschen sollten unbedingt berücksichtigt werden. Schwierig sei auch noch immer die Situation in den Altersheimen und Pensionistenheimen. Leider gibt es noch wie vor zu wenig Plätze.

Bei der Opferfürsorge läßt die 20. Novelle noch immer auf sich warten. Der Bund dürfte sich da nicht auf finanzielle Schwierigkeiten ausreden.

Den Ansätzen des Kapitels IV stimme seine Fraktion zu.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Der Aufwand der Gruppe IV wird im kommenden Jahr um 136 Millionen Schilling steigen. Das wären 17,4 Prozent und somit die größte Zuwachsrate von allen Kapiteln des Voranschlages. Diese Steigerung ist allerdings nur deshalb zustande gekommen, weil im Zuge der Neuerung auf dem Wohnungssektor als neues Gebiet die Gewährung von Mietzinsbeihilfen, Wohnungsbeihilfen und die Stundung von Eigenmitteln hinzugekommen ist. Dafür allein sind 52 Millionen Schilling vorgesehen. Es verbleibt also bei der Jugend- und Erwachsenenfürsorge eine bloße Steigerung von 11 Prozent, die sogar unter der allgemeinen Zuwachsrate von 15 Prozent liegt.

Wo es früher Aufgabe der Sozialfürsorge war, die Armen zu betreuen, geht diese Tätigkeit zurück. Gestiegen ist in unserer modernen Zeit die Zahl der Kinder und der alten Menschen, die keinem Familienverband angehören und daher von der Allgemeinheit betreut werden müssen. Drei Viertel jener Kinder, für die die Stadt Wien zu sorgen hat, sind in Heimen untergebracht. Trotzdem besteht ein Manko; das Fehlen des angemessenen menschlichen Kontaktes. Deswegen kam die Idee der Kinderdörfer so gut an, und es ist zu begrüßen, daß im Wiener Gemeinderat der Antrag eingebracht wurde, eine "Stadt des Kindes" zu schaffen, in der das oberste Gebot die Familienatmosphäre sein soll. Man müsse sich nur Gedanken über die Führung machen und sie nicht unbedingt Gemeindeangestellten überlassen, da es Berufeneren als beamtete Kräfte gäbe.

31,6 Millionen Schilling für Kindergärten, das sind zwei Prozent mehr als 1968, aber nach dem Baukostenindex ein Rückschritt: Infolge der zu kleinen Bauraten muß man bei einem Kindergarten mit einer drei- bis vierjährigen Bauzeit rechnen. Zur Zeit beläuft sich der geschätzte Fehlbestand an Kindergartenplätzen in Wien auf 12.000 bis 15.000. Laut Kontrollamtsbericht gibt es auch keinen nennenswerten Engpaß mehr bei Kindergärtnerinnen, so daß keine Ausrede besteht, zumal für andere Dinge Geld im Überfluß vorhanden sei. Zum Beispiel für den PID.

Dr. Hirnschall bringt namens seiner Partei einen Abänderungsantrag ein: Der Ausgabenansatz für Kindergärten sei von 31 auf 48 Millionen zu erhöhen. Die Bedeckung sei mit über 6 Millionen aus den "Sondererfordernissen" und über 10 Millionen aus dem Budget für den PID zu nehmen.

"98 Prozent angemeldeten Plätzen in Kindergärten stehen nur 77 Prozent ausgenützte gegenüber". Künftig soll jeder Platz, der eine Woche lang unentschuldigt frei bleibt, freizügig vergeben werden.

Altenbetreuung: In Wien gibt es 220.000 Menschen über 70 Jahre und 300.000 über 65. Wenn sie auch überwiegend nicht auf fremde Hilfe angewiesen sind, so ist es doch eine Schande, daß für nur drei Prozent der 70jährigen Platz in Altersheimen und nur für jeden tausendsten ein Platz in Pensionistenheimen ist.

Die FPÖ werde den Ansätzen der Gruppe IV ihre Zustimmung geben.

GR. Ludwig Deutsch (ÖVP) wendete sich gegen die verschiedenartige Behandlung der Besucher der Pensionistenklubs. Zugegeben, es handelt sich bei den Pensionistenklubs um eine der beachtenswertesten Sozialleistungen unserer Stadt. Es sei jedoch zu kritisieren, daß die Verantwortlichen sozusagen zwei Kategorien von Besuchern geschaffen haben. Die Differenzierung kommt dadurch zustande, daß alle jene Klubbesucher, die eine Pension von mehr als 1.000 Schilling als Alleinstehende oder mehr als 1.650 Schilling als Ehepaar beziehen, Beiträge zum Klubbetrieb leisten müssen.

Wenngleich diese Beiträge zugegebenermaßen gering sind, sind sie für die Betroffenen dennoch zu hoch. Das makabre Sprichwort: "Für den Besuch eines Kaffeehauses zuwenig, für den Besuch eines Pensionistenklubs leider zu viel Einkommen", gewinnt bei diesen Überlegungen tragische Bedeutung. Jene aber, die keinen Beitrag zu leisten haben, blicken voll Neid auf die "Besitzenden".

Stellt man dieser ungunstigen Differenzierung von amtswegen die Zahl der Personen entgegen, die zu einer Kategorie zweiter Klasse gestempelt sind, muß man - und dies hat der ÖVP-Klub oft genug betont - darüber staunen, daß überhaupt Diskussionen notwendig sind.

Von den etwas mehr als 7.000 Menschen, die erwartungsgemäß im Gebahrungsjahr 1968/69 die Pensionistenklubs besuchen werden, sind es genau 777 oder elf Prozent, die eine Pension über der gesetzten Einkommensgrenze beziehen. Überlegt man zusätzlich den Verwaltungsaufwand, der notwendig ist, um die Beiträge für den Klubbesuch, die sogenannten sorgenfreien Tage und die sommerlichen Ausflüge zu kassieren, zu registrieren und an die Verwaltungsbehörde abzuführen, verlieren die Argumente noch mehr an Überzeugungskraft. Die ÖVP hat deshalb im September im Wohlfahrtsausschuß einen Antrag eingebracht.

Lobend sprach sich der Redner über die Blindenbeihilfe aus. Er schloß mit der Feststellung, daß seine Fraktion auch weiterhin für den Wegfall der Einkommensgrenze in den Pensionistenklubs eintreten werde.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) unterstrich die Tatsache, daß derzeit jeder vierte Wiener über 60 Jahre alt ist. Die Zahl der Sechzigjährigen werde noch bis 1975 steigende Tendenz aufweisen.

Der Umstand, daß nur 14 Prozent der älteren Wiener wissen, daß es die Pensionistenklubs gibt, zeige, daß ein Großteil dieser Menschen nicht durch Zeitung und Rundfunk erreicht wird.

Dann sprach sich die Rednerin dafür aus, die Werbung für die Ausbildung von Fürsorgeassistentinnen zu intensivieren; diese Assistentinnen sollten auch zur Betreuung älterer Menschen herangezogen werden.

Die 1964/65 gestartete Aktion "Vergiß den Nachbarn nicht" sei vielfach in Vergessenheit geraten; gerade jetzt, vor den Feiertagen, sollte man Jugendorganisationen dafür interessieren.

Zur Aktion "Essen auf Rädern": Es gehe nicht um die Zubereitung dieser Mahlzeiten für ältere Menschen, sondern um die Zustellung. Die Intensität des Verkehrs mache es unmöglich, eine größere Zahl von Mahlzeiten innerhalb einer bestimmten Frist zuzustellen. Auch in Graz, wo diese Aktion schon seit einiger Zeit läuft, sei es nicht möglich gewesen, die Kapazität über 170 Essen zu steigern.

Wie die Rednerin feststellt, warte man noch immer auf die angekündigte Sozialoffensive der ÖVP. Seit 1966 sind zwar sieben Novellen zum ASVG beschlossen worden, aber keinerlei Verbesserungen. Es tritt zwar mit 1. Jänner 1969 wieder eine kleine Erhöhung ein, der echte Dynamisierungsfaktor wurde aber von seiten der Bundesregierung aus Sparmaßnahmen nicht eingehalten. Die Frau Sozialminister hat zwar den Rentnern vorgerechnet, daß sie seit 1966 32 Prozent an Erhöhung bekommen haben, die Lebenshaltungskosten jedoch nur um 13 Prozent gestiegen sind. Diese Rechnung geht jedoch nicht auf, denn allen sei bekannt, wie hoch die Preise wirklich sind. Wir dürften auch nicht vergessen, daß es in Wien 76.000 Ausgleichsrentner gibt, die mit diesem Einkommen leben müssen.

Vor Beginn der Budgetberatungen wurde eine Novellierung des Landesgesetzes über die Hilfe für Behinderte beschlossen. Zu diesem Entwurf hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mitgeteilt, daß die Erhöhung eine weitere Belastung der Wiener Wirtschaft mit sich bringe. Daraus kann man die soziale Einstellung gewisser Kreise jenen Menschen gegenüber erkennen, die ohnehin benachteiligt sind.

Als besonders erfreulich bezeichnet die Rednerin abschließend die drei Geschenke aus Anlaß des 50. Geburtstages der Republik. Neben der Stadt des Kindes und dem Forschungsfonds wird sich die Errichtung des sozialmedizinischen Zentrums auch bei der Lösung der Probleme alter und kranker Mitbürger bestens bewähren können.

GR. Dr. Marga Hubinek stellt fest, daß die Steigerung der Ausgaben vornehmlich in den höheren Personalkosten und in den Maßnahmen im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion zu suchen ist.

Der Anteil der Investitionen ist bei den Heimen für Kinder und Jugendliche nur knapp gleich geblieben, obwohl hier die Planungskosten für die "Stadt des Kindes" enthalten sind.

Im Budget sind keine Hinweise vorhanden, daß wir großes Gewicht auf die entlastenden Einrichtungen für berufstätige Mütter legen. Auch der Wunsch, jedes Kind sollte vor Eintritt in die Schule ein Jahr lang einen Kindergarten besuchen können, ist durch die mangelnde Zahl an Plätzen noch weit von einer Verwirklichung entfernt. Wieweit die angekündigten ambulanten Kindergärten hier eine Linderung bringen, wird die Zukunft zeigen. Es sei unverständlich, daß man in den neuen Siedlungsgebieten zwar Raum für die Unterbringung des Konsums hat, jedoch in vielen Fällen ein Kindergarten erst Jahre später gebaut wird.

Wie immer wieder festgestellt wird, arbeitet die Jugendfürsorge in Wien wenig flexibel. Man müßte die herkömmlichen Wege überdenken und vielleicht neue Organisationsformen schaffen. Die Lücken im sozialen Denken werden auch offenkundig, wenn man hört, daß eine Familie mit fünf Kindern seit Jahren in einem Obdachlosenheim leben muß.

Pflegekinderwesen: Die Zahlen sprechen ein deutliches Bild. Der Verpflegskostenaufwand in den fremden Heimen beträgt 37 Millionen Schilling, für die eigenen Heime sind 80 Millionen vorgesehen. Die Zahl der Kinder soll sich jedoch ziemlich die Waage halten. Gerade die privaten Heime sind eher geneigt, Modelleinrichtungen zu schaffen. Die Rednerin tritt für eine gleiche Behandlung der privaten und städtischen Heime ein. Sie zitiert Beispiele, nach denen private Heime pro Kind 42 S erhalten, seit 1. September 50 S, die tatsächlichen Aufwendungen jedoch 86 S ausmachen. Für die baulichen Instandhaltungen müssen die privaten Heime überdies auch noch selbst sorgen. Niederösterreich habe zum Beispiel für Bauaufwendungen in einem dieser Heime nicht wie Wien einen zinsenlosen Kredit gewährt, sondern eine Subvention gegeben.

Pensionisten- und Altersheime: Vielleicht könnte man

darangehen, kleinere Heime in den Bezirken zu bauen, damit die alten Menschen in ihrem Wohnbereich bleiben können. Vielleicht könnte dann auch in einem gewissen Maß die Familie zur Betreuung herangezogen werden.

Die Debattenrednerin rügt das unkoordinierte Arbeiten: Die Caritas Sozialis, die seit einem Jahr eine Altersbetreuung aufgezogen hat, von der rund 200 Personen erfaßt sind - Jahreskosten eine Million Schilling - bekommt nur sehr bürokratische Hilfe seitens der Stadtverwaltung. Die Pensionistenklubs, bei denen ein Anerkennungsbeitrag von fünf Schilling eingehoben wird, besäßen einen überprüfenden Verwaltungsrat, der ein Vielfaches kostet.

52 Millionen Schilling für Maßnahmen des Wiener Wohnbau-fonds stehen im Budget, davon 15 Millionen für Mietzins-beihilfen. Damit ist ein uralter Wunsch der ÖVP nach Subjekt-förderung in Erfüllung gegangen. Dr. Hubinek bemängelt jedoch die zu geringe Zahl der bewilligten Ansuchen. "Wie sollen die 15 Millionen je ausgeschöpft werden?"

Dann stellt sie den Antrag, die im Wiener Wohnbau-fonds festgesetzte Förderungsgrenze entsprechend der sozialen Struktur anzuheben.

Für die Verwaltungsgruppe IV müßten neue Wege gesucht werden, da sich vor allem die Familienstruktur geändert hat. Individuelle, keine generellen Lösungen seien notwendig, und ein flexiblerer Apparat.

Übrigens: Die Aktivbezüge sind von Dezember 1965 bis Herbst 1967 um 14 bis 16 Prozent gestiegen, die Pensionen von Dezember 1965 bis Jänner 1968 um 23 Prozent! - Namens ihrer Fraktion gibt sie den Ansätzen der Geschäftsgruppe die Zustimmung.

GR. Gawlik (SPÖ) kommt auf die Jugendverwahrlosung zu sprechen und stellt fest, daß der größte Teil der Familien intakt sei und sie ihre Aufgaben erfüllen könnten. Der über-wiegende Teil der Jugend sei ebenfalls in Ordnung und bloß kritisch der Gesellschaft gegenüber. Es sei auf jeden Fall das Recht der Jugend, unzufrieden zu sein. Konflikte entstünden zumeist milieubedingt.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der zunehmenden Rauschgift- und Drogensucht der Jugendlichen. Während man im Jahr 1966 nur sechs Haschisch konsumierende Jugendliche zu behandeln hatte, waren es im Jahr 1967 bereits zwanzig, im laufenden Jahr 42, wobei 28 jünger als 20 Jahre waren. Von 460 milieugeschädigten Jugendlichen waren 8 Prozent drogensüchtig; 11 Berufsschüler mußten wegen Rauschgiftkonsums in der Psychiatrischen Klinik behandelt werden und einem Bericht zufolge soll in einer Wiener Schule mehr als die Hälfte der Schüler Marihuana rauchen.

Die vermutliche Ursache ist die hektische Umwelt, vor der speziell labile Jugendliche flüchten, um in einer irrationellen Traumwelt Zuflucht zu finden suchen.

Von einer Million New Yorker Kindern und Jugendlichen sind 10.000 dem Rauschgift verfallen. Es wird wohl jeder zustimmen, daß diesem auf uns zukommenden Problem allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Zu der Kritik eines Fernsehreporters, die dieser anlässlich eines Besuches im Lindenhof geäußert hatte: Der Reporter meinte damals, die Stadt Wien, im speziellen das Wohlfahrtsamt, investiere viel zu hohe Beträge für jene Dinge, die man zur Ausgestaltung der Freizeit anschafft. Dieser unsachlichen Kritik muß man zunächst entgegensetzen, daß diese Jugendlichen bis zu ihrer Unterbringung mit sinnvoll ausgestalteter Freizeit kaum jemals in Berührung gekommen sind. Sie zu lehren, wie beglückend erfüllte Stunden sind, rechtfertigt die Investitionen von vornherein. Dazu kommt noch, daß seit den großzügig ausgestalteten Freizeitbeschäftigungsmöglichkeiten die Ausbruchsrate auf die Hälfte gesunken ist.

Bei der Betreuung behinderter Kinder hat "Jugend am Werk" beispielgebende Vorarbeit geleistet. Vor 10 Jahren wurden die ersten drei Arbeitsgruppen für behinderte Jugendliche geschaffen. Das Experiment wurde beispielgebend für ganz Österreich. In Wien allein werden zur Zeit 458 Behinderte in Schulungsheimen und Exposituren einer ihnen geistig und körperlich zumutbaren Beschäftigung zugeführt. Die vorhandenen Heime und das Internat in Rodaun reichen derzeit gerade noch aus.

Man wird aber schon in allernächster Zeit ein neues Internat und ein Schulungsheim links der Donau errichten müssen.

Der Redner dankte allen jenen Firmen und Industrien, mit deren Aufträgen die behinderten Kinder und jungen Menschen sinnvoll beschäftigt werden können. Aber nicht Mitleid und Wohltätigkeit dürfen im Vordergrund stehen, sondern der alte sozialistische Grundsatz: "Die Gesellschaft hat die Verpflichtung, den Schwachen zu helfen".

Breiten Raum im Sozialbudget für 1969 nehmen die Planung, der Bau und die Verwaltung von Kindertagesheimen ein. Das ist kennzeichnend für unsere Konsumgesellschaft: viele Mütter sind berufstätig, haben also zwei Berufe - neben dem Geldverdienen noch die Tätigkeit daheim. Soziologen haben allerdings festgestellt, daß es besser wäre, wenn der heranwachsende junge Mensch drei Jahre lang bei der Mutter sein könnte. Manche Probleme würden sich dadurch im Schoße der Familie ganz von selbst lösen.

Die oft gehörte Forderung, alle Kinder sollten das fünfte Lebensjahr in einem Kindergarten verbringen, um sich dann in der Schule leichter in die Allgemeinheit zu fügen, sollte anders verwirklicht werden. Günstiger wäre die Vorverlegung des Schulbeginns auf das fünfte Lebensjahr - aber dazu müßten die Schulgesetze geändert werden.

Dann nahm der Debattenredner eingehend zum Vorwurf Stellung, die Einstellung von Kindergartenleiterinnen geschehe nach parteipolitischen Gesichtspunkten. In Niederösterreich mußte ein Ehepaar dem ÖAAB beitreten, weil der Mann eine Gärtnerstelle, die Frau den Posten einer Bedienerin anstrebte. Um wieviel man in Wien toleranter sei, gehe daraus hervor, daß der Direktor der schönsten und modernsten der drei Wiener Zentralberufsschulen ein ÖAAB-Funktionär sei.

Um rasch genügend viele Kindertagesheime zu haben, wird jetzt der Idee der mobilen Kindertagesheime nahegetreten. Die projektierte Stadt des Kindes, für deren Planung eine Million Schilling bereitgestellt wurde, soll eine beispielgebende Einrichtung werden.

GR. Gawlik schloß mit der Feststellung, daß seine Fraktion den Ansätzen des Sozialbudgets gerne zustimmen werde.

GR. Hans Mayr (SPÖ) nimmt zur Pensionsdynamik Stellung. Es sei bekannt, daß von der Stadtverwaltung die Richtsätze für die gehobene Fürsorge den jeweiligen Richtsätzen nach dem ASVG angeglichen wurden. Die Erhöhung der Renten und Pensionen ist mit einer Verspätung von rund zwei Jahren erfolgt, weil ja die Durchschnittsbeträge festgestellt werden mußten. Von 1963 auf 1964 war eine Erhöhung des Durchschnitts der ermittelten Beitragsgrundlagen - das heißt der echten Verdienste, um 7,6 Prozent zu verzeichnen. Nach der im ASVG vorgesehenen Formel wurden die Pensionen nur um 7 Prozent erhöht. Von 1964 auf 1965 hat sich eine rechnerische Erhöhung der Beitragsgrundlage von 10,7 Prozent ergeben, die tatsächliche Erhöhung nach der Formel betrug 8,1 Prozent. Von 1965 auf 1966 waren es statt der errechneten 8,7 Prozent 6,4 Prozent.

Allein für diese drei Jahre bedeutet das, daß eine echte Erhöhung um 29,5 Prozent herausgekommen wäre, während jedoch eine Aufwertung der Pensionen nur um 23,1 Prozent erfolgt ist. Das heißt, daß die Pensionen um 21,7 Prozent zurückgeblieben sind. Eine Pension, die im Dezember 1965 1.500 S betragen hat, hat sich 1966 auf 1.605 S, 1967 auf 1.735 und 1968 auf 1.846 S erhöht. Wäre die echte Verdienstbewegung aller Arbeiter und Angestellten auf die Pension übertragen worden, hätte sie sich auf 1.614 im Jahre 1966, auf 1.787 im Jahre 1967 und auf 1.942 im Jahre 1968 erhöhen müssen. Der Richtsatz von 915 S, der 1965 gegolten hat, würde bei richtiger Aufwertung heute 1.289 S betragen, tatsächlich haben wir einen Richtsatz von 1.217 S. Dabei ist der Lebenshaltungskostenindex nach einem sogenannten Warenkorb für eine vierköpfige Familie berechnet und nach einem Betrag, der kaum einem Rentner- oder Pensionistenehepaar zur Verfügung steht. Es sollte aber bei der Pensionsdynamik nicht nur der Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex Rechnung getragen werden, sondern auch der Steigerung der Produktivität durch die Mehrleistung des einzelnen Arbeitnehmers.

Der Redner bedauert, daß wir aus finanztechnischen Gründen mit unserem Richtsatz nicht über den des ASVG hinausgehen können. Es müßte den Pensionisten und Rentnern mehr gegeben werden, als die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ausmacht. Man kann nicht von einer Sozialoffensive reden, wenn wir feststellen müssen, ./.

wie sich die Löhne und Preise in den letzten Jahren entwickelt haben.

Schlußwort

Im Schlußwort führt Stadträtin Maria Jacobi u.a. aus:
Zum Kindergartenproblem: Es sei allen bewußt, daß hier noch eine große Aufgabe vor uns liegt, obzwar mit Stolz auf die in den letzten fünf Jahren errichteten 26 neuen Kindertagesheime verwiesen werden kann. Gerade diesem Sektor unserer Sozialarbeit wird große Aufmerksamkeit zugewendet. Leider legt uns das Personalproblem hier Schranken auf. Wir haben bereits die größten Sorgen, wie die zehn Kindertagesheime in den nächsten Monaten personalmäßig besetzt werden können. Auch die zusätzliche Aufstellung von Gruppeneinheiten wird durch den Personal-mangel erschwert. Angeblich soll es in Holland ausgebildete Kindergärtnerinnen geben, die im Land selbst nicht Verwendung finden. Es ist zu hoffen, daß hier bereits angebahnte Verhandlungen erfolgreich sein werden. Daß die vorhandenen Kindergartenplätze nicht ausreichend ausgenützt werden, sei unzutreffend. Es gäbe eben doch hin und wieder Ausfälle, und durch die Neuvergabe eines Platzes entstehen manchmal Verzögerungen, wenn die Eltern auf eine schriftliche Aufforderung nicht oder spät reagieren.

Führung der Horte und größerer Bedarf an Lernnachhilfe:
Es ist gelungen, zehn Lehrer einzustellen, die in zehn Gruppen zweimal in der Woche Lernnachhilfe geben.

Kindergartenbeitrag: 36 Prozent der Eltern zahlen für ihr Kind 0 bis 15 S, 24 Prozent 16 bis 30 S, 15 Prozent 30 bis 50 S und nur 0,9 Prozent den Höchstbeitrag!

Wenn der Baufortschritt an einem Kindertagesheim schneller weiterschreitet als angenommen wurde, hat man immer die entsprechenden Zuschußkredite erhalten.

Kinderstadt: Es schwebt die Schaffung einer Modelleinrichtung vor. Experten haben bereits in einem Arbeitsausschuß die ersten Gespräche geführt. Die Heimmütter, die dort eingesetzt werden sollen, verfügen über eine pädagogische Ausbildung und werden schon aus diesem Grund eine andere Entlohnung erhalten.

Eine Pensionsversicherung für Pflegemütter ist leider nicht möglich. Sie können nur mit dem Gatten mitversichert werden oder nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung eine freiwillige Weiterversicherung zahlen. Dies ist in einem einzigen Fall möglich gewesen und hier hat die Stadt Wien die Kosten übernommen. Es wird jedoch keine Pflegemutter, wenn sie einmal die Kinder nicht mehr betreuen kann, im Stich gelassen. Die Stadtverwaltung hat dies bereits in einigen Fällen bewiesen. Für Familien mit Kindern in Obdachlosenheimen wird gleichfalls gesorgt. Die Stadt Wien hat dem Sozialdienst des Österreich-Komitees für Sozialarbeit Beträge zur Verfügung gestellt, damit dieser sich der Aufgabe unterzieht, Familien aus den Obdachlosenheimen herauszulösen. Inzwischen sind 12 Fälle erledigt worden.

Es sei auch unrichtig, daß die privaten Heime, in denen Pflegekinder der Stadt Wien betreut werden, fast vor dem finanziellen Ruin sind. Es sei richtig, daß zum Beispiel das Agnesheim derzeit 50 S als Verpflegskosten erhält, darüber hinaus jedoch 17 S pro Tag und Kind für schulische Ausbildung und außerdem hat die Stadt Wien für Inventar und Brennmaterial für 1969 850.000 S eingesetzt und für 1968 rund eine Million zusätzlich für Investitionen aufgewendet.

Pensionistenklubs: Es gibt keine Einkommensgrenze für Anmeldungen in Pensionistenklubs. Die Klubbeiträge sind etwas ganz anderes, denn die Pensionistenklubs stellen keine Fürsorge-Naturalleistung dar, sondern sind gesellschaftliche Kontaktzentren. Kriterien für die Aufnahme, die immer einer individuellen Beurteilung unterliegen, sind hauptsächlich Kranksein und Alleinsein. Im übrigen sind 12 Prozent der Mitglieder der Pensionistenklubs Dauerunterstützte.

Der Regreß für Krankenhausaufenthalte werde zu rigoros eingetrieben? Jeder kann via Fürsorgeverband, wenn er die Voraussetzungen hiefür mitbringt, von der Stadtverwaltung Hilfe erhalten.

"Essen auf Rädern": Heimehelferinnen können viel individueller sein. Angesichts der Verkehrssituation in unserer Stadt lautet das Problem höchstens "noch mehr Heimehelferinnen!"

Die Caritas Socialis erhält dieselben Sätze wie andere gleichgeartete Organisationen. - Subjektförderung ist kein Patent der ÖVP, sondern wurde selbstverständlich in die Fondsaktion mit Stimmen aller aufgenommen. - Mietzinsbeihilfen sind keine Frage des Einkommens allein, sondern eine Frage der zumeist schon gewährten Objekthilfe.

Wir können alles planen, Sozialarbeit aber hängt ab von den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten. Unsere Aufgaben liegen im Erkennen der Situation und im steten Bereitsein. (Allgemeiner Applaus.)

Der Abänderungsantrag der FPÖ wird mit Mehrheit abgelehnt. Das Budget 1969 für dieses Kapitel wird einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP wird einstimmig zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen Dienstag, den 17. Dezember, um 15 Uhr, Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi im Kindergarten Stadtpark Pflegepuppen an Hortkinder der Stadt Wien übergibt. Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

16. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 2.50 bis 3.50 S, Karotten 4 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 7 S je Kilogramm.

- - -

Zur Eröffnung des Instituts für Andrologie

=====

16. Dezember (RK) Anlässlich der Eröffnung des neuen Instituts für Andrologie im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder hob der Präsident der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich, Univ.-Prof. Dr. Marinelli, die besonderen Verdienste der Stadt Wien für das Gedeihen und die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft hervor. Ganz besonders ist Bürgermeister Bruno Marek und Vizebürgermeister Felix Slavik für ihr gezeigtes Verständnis zu danken. Nicht nur materiell werde die Gesellschaft mit sehr ansehnlichen Summen unterstützt, sondern auch für die geistigen und wissenschaftlichen Interessen großes Verständnis gezeigt. Gerade dies könne nicht hoch genug veranschlagt werden.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 16. Dezember

=====

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren
Inland: 61 Ochsen, 247 Stiere, 579 Kühe, 145 Kalbinnen. Summe: 1.032.
Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurden 59 Ochsen, 247 Stiere,
558 Kühe, 145 Kalbinnen. Summe: 1.009. Unverkauft blieben:
2 Ochsen, 21 Kühe.

Preise: Ochsen 13 bis 16.20 S, Preise extrem 16.40 bis 16.60 S
(7), Stiere 13. bis 15.90, extrem 16 bis 16.30 S (7), Kühe 9.50
bis 12.70 S, extrem 13 bis 13.20 S (2), Kalbinnen 12.70 bis 15.60 S,
extrem 15.80 S (2). Beinlvieh Kühe 8 bis 9.40 S, Ochsen und
Kalbinnen 10.20 bis 12.60 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 23 Groschen
bei Stieren um 19 Groschen, bei Kühen um 56 Groschen, bei Kalbinnen
um 14 Groschen. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh
betragen: Ochsen 14.71 S, Stiere 14.85 S, Kühe 10.60 S, Kalbinnen
13.90 S, Beinlvieh verbilligte sich bis zu 40 Groschen je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Gesundheitsdebatte
=====

16. Dezember (RK) Die Debatte wurde von GR. Karger (KLS) eröffnet. Der Redner stellte fest, daß die Entwicklung der Stadt und die auch bei uns merkbare technische Revolution wichtige neue Probleme hinsichtlich der Förderung und Sicherung der Volksgesundheit ergeben haben.

Immer öfter werden Stimmen laut, die von einem Gesundheitsnotstand sprechen. Die zunehmende Motorisierung trage nicht nur zu einer ständig steigenden Luftverpestung bei. Sie ist auch die Ursache, daß immer weniger junge Leute während des Wochenendes eine Wanderung oder einen Ausflug unternehmen. Das Wandern - früher ein wahrer Gesundbrunnen nach den Anstrengungen der Arbeit - ist dem Kilometerfressen gewichen.

Dazu kommt eine allgemeine Vereinsamung. Nicht nur die alten Menschen ziehen sich zurück, sondern auch alle jene, die ein Fernsehgerät besitzen. Sobald das Programm beginnt, erstirbt jedes Gespräch, man sitzt und schaut - und ist letztlich mit sich selbst allein.

Das rechtzeitige Erkennen vieler Krankheiten sei entscheidend für ihre Heilung. Der Gesundenbetreuung in der vorbeugenden Medizin muß daher größtes Augenmerk zugewendet werden. Der Redner regt Reihenuntersuchungen in den Betrieben an.

Aufgabe der Technik sei es, die notwendigen Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung zu erforschen, die dann raschest verwirklicht werden müßten. Entsprechende Auswahl der Standorte für Betriebsansiedlungen müßte erfolgen und entsprechende Maßnahmen für die Ableitung und Unschädlichmachung von Abgasen getroffen werden. Die Haushaltsheizung hat einen Anteil von rund 40 Prozent an der Luftverunreinigung. Durch den schrittweisen Ausbau der Fernheizanlagen kann dieses Problem gelöst werden. Gesundheitliche Schäden bringt auch der intensive Großstadtlärm.

Die technischen Möglichkeiten der Lärmbekämpfung müßten angewendet und neue Möglichkeiten erarbeitet werden. Auf dem Bausektor müßten geräuscharme Maschinen verwendet werden und eine bessere Abschirmung der Wohnhäuser von Hauptverkehrsstraßen wäre notwendig, wie überhaupt eine Entflechtung von Verkehrsstraßen und Wohnvierteln.

Das Spitaldefizit geht bereits über die Milliardengrenze. Trotzdem weigert sich der Bund mit Beharrlichkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Vor einiger Zeit gab es zwar Meldungen über Vereinbarungen zur Spitalssanierung. Was man bisher über den Sanierungsplan des Sozialministeriums hörte, läßt jedoch die Feststellung zu, daß sich die ÖVP-Regierung weiterhin von ihrer Verpflichtung drücken will. Das Kernstück des Sanierungsplanes soll - wie bekannt wurde - eine Erhöhung der Krankenversicherung sein. Entschieden muß man den Vorschlag zurückweisen, die Zahl der Klassebetten auf Kosten der allgemeinen Klasse zu erhöhen. Damit würde ein Druck auf die Versicherten ausgeübt, sich privat zusätzlich versichern zu lassen und damit würde der Gedanke der Sozialversicherung ernstlich gefährdet werden.

Der Ausbau und die Erhaltung der Spitäler sei nicht nur im Interesse des Einzelnen gelegen, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Es sei daher eine Selbstverständlichkeit, daß der Bund hier einen Beitrag leistet. Der Redner fordert auch die Schaffung eines gesamtstaatlichen Gesundheitsdienstes, der sich in vielen Ländern bereits bestens bewährt hat.

Während in der Ersten Republik das Hauptaugenmerk im Wiener Gesundheitswesen der Tuberkulosebekämpfung galt, müßte es heute der Krebsbekämpfung zugewendet werden. 1962 wurde in Wien bei 5.515 Personen Krebs als Todesursache festgestellt und 1966 bereits bei 5.999. Neue Behandlungsmethoden müßten angewendet werden und auf dem Gebiete der Forschung alles Notwendige geschehen.

GR. Karger wünschte ein Konzept zur Krebsbehandlung: Forschung, Aufklärung, Rahmenuntersuchungen, mit einem Wort Maßnahmen, die an die Tradition der TBC-Aktionen anknüpfen. Bei den Krebsuntersuchungen gibt es bis zu zwei Monaten Wartezeit!

Die KLS trete auch für die Befreiung der Frauen und Mädchen von unerwünschten Kindern ein, sowie für eine medizinische Eheberatung. Gibt es schon Vorstellungen hiezu?

AKH: Die Jahresquote 1969 wird der kleinste Beitrag seit dem Beginn vor fünf Jahren sein. Schon Viktor Adler sagte vor 60 Jahren, daß jede Stunde Bestehen des alten AKH ein Verbrechen an den Kranken Wiens sei. "Welche Bedenken seitens der Bauleitung bestehen, daß man nicht mehr Geld verbauen kann?" Der Debattenredner ersucht außerdem um Vorlage des Planes für das medizinische Zentrum im 21. und 22. Bezirk.

Die Rattenplage - "Hoffnung auf die Pille" - der ärztliche Sonntagsdienst, der Ärztemangel in den Außenbezirken - die KLS haben generelle Bedenken, geben aber dennoch ihre Zustimmung zum Budget für diese Gruppe.

GR. Dr. Hirmschall (FPÖ): "Das kommende Jahr sieht Ausgaben beim Gesundheitswesen von 2,3 Milliarden vor. Das ist mehr als bisher. Aber die Baurate wurde geringer. Wer hat den Anstoß hiezu gegeben?"

Ein analoger Fall zum AKH sei der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Seinerzeit veranschlagte man eine fünfjährige Bauzeit und 470 Millionen. Im heurigen Jahr waren 29 Millionen vorgesehen und die wurden nicht einmal zur Gänze verbaut. Vor 100 Jahren wurde das Spital innerhalb von vier Jahren gebaut!

Auch die Dotierungen für die übrigen Spitäler seien nur "Erinnerungsposten" wenn man ihre geringe Höhe sehe. Die große Hoffnung ist das Krankenhaus Wien-Ost. Sollte man hier nicht eine Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich anstreben?

Der Redner setzte sich mit dem zu erwartenden Spitalsdefizit von 1,3 Milliarden Schilling auseinander. Er erinnerte an eine Fernschdiskussion im August zwischen Slavik und Koren, in der sich beide sozusagen darauf einigten, vorzuschlagen, das Defizit mindestens teilweise durch eine Dynamisierung der Höchstbeitragsgrundlagen zu verringern.

Der Vorschlag der beiden Finanzexperten wurde vom Arbeiterkammer-tag energisch mit der Feststellung abgelehnt, daß die Erhaltung der Spitäler Angelegenheit der Allgemeinheit und nicht Sache der Versicherten ist. Eine tatsächliche Entlastung für die Spitalserhalter könne nur im Rahmen des Finanzausgleiches erreicht werden.

Die Diabetesaktion der Wiener Ärztekammer war ein großer Erfolg. 25.000 Personen im Frühstadium der Diabetes wurden gefunden. Es gebe noch eine Reihe von Krankheiten, die man mittels diesem einfachen Teststreifenverfahren frühzeitig feststellen könnte. Seine Fraktion rege daher an, daß sich die Stadt Wien an weiteren Aktionen der Ärztekammer finanziell beteiligen oder das Gesundheitsamt in Eigenregie solche Früherkennungsaktionen durchführen soll.

Dr. Hirnschall richtete dann an Dr. Glück die Anfrage, was er von Berichten halte, denen zufolge allen jenen Frauen, die eine städtische gynäkologische Ambulanz aufsuchen, nur dann ein Krebsabstrich gemacht wird, wenn sie außer dem Krankenschein auch noch 20 Schilling zu zahlen bereit sind.

Die Bezahlung der Operationsschwestern bezeichnete der Redner als ungerecht. Bei 24 Stunden Dienstleistung bekämen sie nur 18 angerechnet. Dann beschäftigte er sich mit Klagen der Schwestern in Intensiv- und Säuglingsstationen. Trotz wiederholten Ersuchen hat man ihnen keine leichtere Kleidung für die heiße Jahreszeit zugebilligt. Ebenso klagen die Operationsschwestern - und dies vor allem im Allgemeinen Krankenhaus - über zuwenig Dienstkleidung, die Patienten wiederum über zuwenig und nie passende Wäsche. Eine weitere Anfrage beschäftigte sich mit dem vor acht Tagen im "Volksblatt" erschienen Artikel "Läßt sich die drohende Ärzteschwemme regeln?" und dem Debattenbeitrag des Gemeinderates Bauer im Rahmen der Personaldebatte, der von einem drohenden Ärzte-Überangebot in naher Zukunft gesprochen hatte. Es liege die Vermutung nahe, sagte der Redner, daß man die Maturanten abschrecken wolle, an der Medizinischen Fakultät zu inskribieren. Offenbar denke aber niemand daran, daß empfindlicher Mangel an praktischen und Landärzten besteht.

Seine Fraktion wird dem Kapitel V ihre Zustimmung geben.

GR. Nimmerrichter (SPÖ) brachte eine Übersicht über die Wiederinstandsetzung, Adaptierung und Neuausrüstung der Rettungszentrale, Rettungsstationen sowie der Kranken- und Sanitätswagen. Im Verlauf der letzten fünf Jahre ist diese von Kriegs- und Nachkriegsfolgen besonders betroffene Institution auf einen neuen, absolut zufriedenstellenden Stand gebracht worden. Durch den Einbau von Funkspruchanlagen in Rettungs- und Sanitätswagen könne sich der Einsatz rationell, zeitsparend und daher sehr oft lebensrettend abwickeln. Ebenso erfreulich funktioniere die Bettenzentrale, die rund 43.000 Patienten jährlich in die Spitäler vermittelt.

Abschließend kam GR. Nimmerrichter auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen, den er als ein Unternehmen bezeichnete, für das es in Österreich keine Parallele gibt. Der Bau schreite rasch voran, 714 Wohneinheiten sind bereits bezogen, desgleichen 320 Schlafstellen des Internats, und die Krankenpflegeschule hat ihren Betrieb aufgenommen.

Der nächste Debattenredner, Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP), schilderte die Tuberkulose als die letzte große Seuche, die Europa heimsuchte. Seit 1867 sind 425.000 Menschen daran gestorben; derzeit sterben jährlich noch 1.200 Personen an dieser gefährlichen Infektionskrankheit.

In Österreich ist die Sterblichkeit an Tbc noch relativ hoch. Während 1964 die Sterblichkeit in Holland 1,5 je 100.000 Einwohner betrug, belief sie sich in Dänemark auf 2,1, in den USA auf 4,3, in Österreich jedoch auf 18 Personen.

Das neue Tuberkulosegesetz schaffte Möglichkeiten, gegen uneinsichtige, asoziale Kranke vorgehen zu können. Diese Möglichkeiten reichen von der Belehrung bis zur Einweisung in eine Heilanstalt. Auch die finanzielle Beihilfe wird durch dieses Gesetz geregelt. In Wien sorgt ein Netz von Tbc-Fürsorgestellen für die Betreuung der Erkrankten.

Abschließend kam GR. Dipl.-Ing. Blaschka auf die Zunahme der venerischen Erkrankungen in Wien zu sprechen. Da die Privatärzte nicht zur Meldung verpflichtet sind, liegen keine genauen Zahlen vor. Es dürften sich 4.000 bis 5.000 Personen in ärztlicher Behandlung befinden. Die Einschleppung der Krankheiten erfolgt

durch den gesteigerten Reiseverkehr, für ihre Ausbreitung machte der Redner die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse (mehr Geld für Vergnügen aller Art), die geänderten Moralbegriffe sowie die Wirksamkeit moderner Behandlungsmethoden verantwortlich; weil man venerische Erkrankungen heute rasch wegbringt, sei die Angst davor geschwunden.

Luftverunreinigung: Die großen Verunreinigungsquellen sind vor allem der Hausbrand, der durch die Errichtung von Fernwärmenetzen beseitigt werden könnte. Auch die Industrie ist bemüht, Abhilfe zu schaffen. Notwendig wäre es, daß die Verunreinigung durch Auspuffgase, die immer drohender wird, durch entsprechende Vorkehrungen bei den Kraftfahrzeugen beseitigt wird.

Auch der Lärm ist zu einer ernstesten Gefahr für unsere Gesundheit geworden. Der Lärmschutz ist heute und für die Zukunft eine der wichtigsten Fragen für die Umweltforschung. Die Volkspartei habe bereits 1966 einen Antrag auf Einrichtung eines zentralen Referates zur Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung gestellt. Leider wurde der Antrag abgelehnt. Nach knapp zehn Monaten hat man dann jedoch der Stadtbaudirektion den Auftrag gegeben, ein Sonderreferat einzurichten, das sich ausschließlich mit Fragen der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und der Lärmbekämpfung zu befassen hat. Der ÖVP-Antrag wurde somit mit einem anderen Mascherl in die Tat umgesetzt. (Zwischenruf StR.Bock: Ihr habt euch das Mascherl vom Städtebund geholt, der lange vorher schon einen solchen Antrag gestellt hat.)

GR. Josef Fischer (SPÖ) verweist einleitend darauf, daß vor kurzem der Grundstein zum fünften Pensionistenheim gelegt werden konnte. Die Pensionistenheime sollen den alten Menschen die Furcht vor dem Altern und vor dem Wort "Versorgung" nehmen. Die Bewohner dieser Heime haben ihre eigene kleine Wohnung, in die sie ihre Möbel mitnehmen können und in der sie sich auch "zu Hause" fühlen. Zu diesen Pensionistenheimen sollen dann noch die sogenannten Fürsorgeheime kommen, die eine intensive Einzelbetreuung auf ihrem Programm haben.

Im Altersheim Lainz wurde der Pavillon XI nach den modernsten Überlegungen renoviert und den neuesten Forschungsergebnissen angepaßt, so daß man fast von einem Neubau sprechen könnte. Er ist nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa beispielgebend in seiner Art. Es ist zu hoffen, daß mit diesem Umbau der Beginn der Modernisierung für sämtliche Altersheime gemacht wurde. Sicher werde das längere Zeit beanspruchen und eine große zusätzliche finanzielle Belastung bringen. Gemessen an diesen Umbaukosten würde der Umbau des gesamten Altersheimes rund 500 Millionen Schilling kosten. Mit einem fast gleich hohen Betrag wurde durch die Aufnahme von Nichtwienern in unsere Spitäler das Spitalsbudget belastet.

Bei einer Wohnbevölkerung von rund 1,6 Millionen Menschen sind beinahe 25 Prozent im Pensionsalter. Für diesen Teil der Bevölkerung muß vorgesorgt werden. Einen guten Beitrag wird die Jubiläumsstiftung leisten. Trotzdem müssen wir nach neuen Möglichkeiten suchen. Vielleicht wäre es in Form einer sogenannten Verlosungsanleihe möglich. Die Verlosung könnte eventuell in der Form sein, daß damit ein Anspruch oder eine Vorauszahlung für einen Platz in einem Pflegeheim verbunden ist. Notwendig sei es auch, durch entsprechende Aufklärung die Furcht vor dem Altersheim zu nehmen. Vielleicht würde die Umbenennung des Altersheimes Lainz in "Stadt der Alten" hier einen Beitrag leisten. Der Redner tritt auch für eine Teilung größerer Zimmer ein und für die Schaffung von Musik- und Unterhaltungsplätzen, Hobbystuben, Büchereien, Kegelbahnen, Fernseh- und Radiozimmer und ähnliche Einrichtungen.

Beim Abholdienst für Pfleglinge müßte eine Fürsorgerin anwesend sein, die vielleicht unnötige Schockwirkungen hintanhalten könnte.

Das Problem der Altersheime müßte in unser aller Interesse gelöst werden. Heute trifft es unsere Bekannten und Verwandten, morgen können vielleicht schon wir betroffen sein. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Lehner (ÖVP) beschäftigt sich in erster Linie mit den kleinen Krankenhäusern, deren Bestimmung durch die territoriale Lage gegeben ist. Er erinnert daran, daß zum Beispiel in Favoriten und Donaustadt 160.000 Einwohner ein Krankenhaus mit nur 260 Betten haben.

In all diesen Krankenanstalten gibt es kleinere und größere Aus- und Umbauten, aber auch oft unverständliche Streichungen bei jenen Anforderungen, die von den Fachleuten für notwendig erachtet wurden. So wurde in der Poliklinik in der Mariannengasse ein 300.000 Schilling-Posten für den Krankentettenaufzug gestrichen. Und auch für das Spital am Rosenhügel und das Elisabethspital gibt es kein Geld. Andererseits wieder werden Investitionen getätigt, die sehr wohl aner kennenswert sind, wie der Gymnastikraum in der Gersthäfer Frauenklinik.

Ganz besonders verlangt der Debattenredner das Augenmerk auf Psychiatrische Krankenhäuser zu richten. Von 100 Mitteleuropäern gehören 15 in Psychiatrische Anstalten. Auch bei den Alkoholkrankheiten sei ein Ansteigen festzustellen. Hier sind besonders die Frauen die Opfer.

Es ist ein langer Weg vom Narrenturm zu den Psychiatrischen Krankenhäusern gewesen. Warum wird gerade bei diesen Anstalten so viel "gestrichen"?

Schwesternnachwuchs: Es ist keine Aufwertung, wenn man nach unten nivelliert. Diplomschwester und Stationsgehilfen sind in den Bezügen nur 280 Schilling auseinander. Und das bei einer dreijährigen Spezialausbildung. "Gut, daß Stadtrat Bock hier eine Bereinigung zugesagt hat, besonders bei den Humanitätsberufen".

Als eine Anregung seiner Fraktion stellte GR. Lehner eine Weiterbildung von Schwestern und Stationschwester im Rahmen einer Schwesternakademie zur Diskussion. Ein zweiter Vorschlag: Spezialausbildung von Schwestern für das geriatrische Fach. Schließlich regte der Redner an, die einzige private Schule für Krankenschwestern seitens der Stadt mitzufinanzieren, da man von dieser Privatschule immer wieder hervorragend ausgebildete Schwestern in städtische Spitäler übernehme.

Zu den Lehrlingsheimen: Sie befinden sich mit einer einzigen Ausnahme in einem desolaten und beklagenswerten Bauzustand, vor allem das nunmehr 100 Jahre alte ehemalige Kinderspital in der Leopoldstadt, in dem die Lehrlinge seit zwei Jahren in gepölzten Zimmern leben müssen.

Mit einem Zwischenruf verweist Vizebürgermeister Slavik den Redner an seinen Fraktionskollegen Stadtrat Dr. Glück. Darauf repliziert Lehner, daß die von Dr. Glück vorgeschlagenen Arbeiten wegen der auf ein Minimum reduzierten finanziellen Mittel immer wieder unterbrochen werden müssen. (Gegenrufe.) Der Redner regt schließlich an, statt der sechs unrationellen Einzelheime ein einziges Zentral-Lehrlingsheim zu errichten. "Oder sollen die Lehrlingsheime darunter leiden, weil sie einem ÖVP-Stadtrat unterstehen?" (Slavik: "Das ist ja zum Lachen. Über das zentrale Heim streiten die Pädagogen selbst herum und sie werden schon wissen, warum sie keines wollen.")

Abschließend verweist der Redner darauf, daß Gesundheitsstadtrat Dr. Glück heute zum zehntenmal sein Budget dem Gemeinderat unterbreitet hat. Man kann sagen, daß unter der Führung des Stadtrates in diesen zehn Jahren viel und Gutes zum Wohle der Wiener auf dem Gesundheitssektor geschehen ist. (Zwischenruf bei der SPÖ: "Ja mit Hilfe des Finanzstadtrates.") Lehner schließt seinen Debattenbeitrag mit der Empfehlung an die Mehrheitspartei, im Rahmen der Stadtverwaltung all das zu verwirklichen, was man im Parlament vom Bund verlangt, also die Humanangelegenheiten in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe V zustimmen.

Als letzter Debattenredner ergriff GR. Gisel (SPÖ) das Wort. Er stellt fest, daß sich zwar die Gesellschaft verpflichtet hat, für die Gesundheit der Mitbürger zu sorgen, viele von diesen aber durch ihr verantwortungsloses Verhalten die zuständigen Institutionen überfordern. Er vermisse gezielte Bemühungen, die Eigenverantwortlichkeit in Gesundheitsfragen zu mobilisieren.

Jedem Bewohner Wiens sollte nahegebracht werden, forderte der Debattenredner, welche Verantwortung er für seine Gesundheit hat. Etwa mit dem Schlagwort: "Du hast mehr vom Leben, wenn du gesund lebst".

Wien sorgt vorbildlich für die Gesundheit seiner Einwohner. Die Vorsorge beginnt schon beim Ungeborenen, durch die Beratung werdender Mütter. Aber nur 7.000 Frauen kommen in die Beratungsstellen, während jährlich rund 20.000 Frauen entbinden.

Immerhin befinden sich noch unter den 19.000, von der Wiener Gebietskrankenkasse registrierten Neugeborenen, 1.000 Frühgeburten.

Die Abnahme der Kindersterblichkeit - dank Semmelweis - illustrierte Dr. Gisel durch folgende Zahlen:

1867, als Wien 630.000 Einwohner besaß, wurden 24.002 Kinder lebend geboren; davon starben von je tausend Kinder 246 im ersten Lebensjahr. 1917, als in Wien 1,630.000 Einwohner registriert waren, gab es 20.688 Lebendgeburten; damals betrug die Todesrate im ersten Jahr 153 je tausend. Im Jahr 1967 schließlich, bei 20.507 Lebendgeborenen, überlebten nur 28 Kinder nicht das erste Lebensjahr.

Vor Semmelweis starben bei 20.042 Geburten 1.989 Frauen im Wochenbett. Im Jahre 1966 wurden neun Todesfälle von Müttern verzeichnet.

Die Mutterberatung verzeichnete 3.500 Beratungstage. Vermutlich werde nicht einmal jede zweite Mutter von der städtischen Mutterberatung erfaßt. Auch die Ehe- und Familienberatung sollte sich größerer Inanspruchnahme erfreuen: die Frequenz mit 450 psychologischen und 200 psychiatrischen Beratungen sei eher gering.

Besondere Bedeutung kommt der Rehabilitation nach einer schweren Krankheit zu. Die Emphysemkrankheiten werden immer häufiger, es sei daher bedauerlich, daß wir noch immer keine Klimakammer besitzen. Der Redner fordert die Anschaffung einer Apparatur zur Druckbeatmung, die einige Minuten ambulant ausgeübt werden kann und die Möglichkeit einer besseren Therapie bietet und schwere Lungenblähungen unter Umständen rechtzeitig abfangen kann.

Man wird in diesem Zusammenhang wahrscheinlich um Tageskranken-
häuser nicht herumkommen, ebenso wenig um der Wiederherstellung
der Gesundheit dienende Zentren.

In unserer Stadt leben Menschen, deren Blut alle fünf Tage
ausgetauscht werden muß, weil ihre Ausscheidungsorgane, haupt-
sächlich die Nieren, nicht funktionieren. Ein solcher Austausch
kostet rund 3.000 Schilling. Der Sozialversicherungsträger
ersetzt der Stadt Wien von diesen Kosten 700 bis 800 Schilling,
das heißt also, daß für einen solchen Patienten jährlich Kosten
von rund 220.000 Schilling erwachsen.

Bei der Errichtung des Heilzentrums Ober-Laa müßten Möglich-
keiten für die Rehabilitation von Kreislauf- und Herzkranken
geschaffen werden. Dozent Gisel ersucht in diesem Zusammenhang
um die Errichtung von Warmwasserschwimmbädern, die oftmals viel
besser als Medikamente Beschwerden lindern helfen.

Es erscheine ihm notwendig, innerhalb der Krankenanstalten
psychotherapeutische Abteilungen einzurichten. Seit neuem ist
man auch der Ansicht, daß Musik als Therapie dienen könne. Dies-
bezügliche Untersuchungen werden angestellt.

Wichtig wäre es auch, mehr Schönheit in unsere Anstalten
zu bringen. Viele sind modernisiert und zweckmäßig eingerichtet.
Vielleicht könnte man Blumen, Bilder und Plastiken zur Auflockerung
aufstellen und eventuell das Halten von Fischen und Vögeln er-
möglichen.

Große Aufklärungsarbeit muß das Gesundheitsamt entfalten, um
den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß Alkoholismus eine
Krankheit und nicht eine Untugend ist.

Zu den Lebensmitteln: Wenn man die Krankenge-
schichten der Verstorbenen überprüft, kann man sich
des Eindrucks nicht erwehren, daß bei vielen durch falsche Er-
nährung der Tod viel früher herbeigeführt worden war. Unsere
Gesundheit ist von vielen Gefahren bedroht. Für das gesunde
Wasser ist in Wien ja in dankenswerter Weise gesorgt. Leider nimmt
auch die Chemikalisierung des Bodens, auf dem unser Gemüse
wächst, überhand. Der Redner appelliert daher, auch in dieser
Richtung aufklärend zu wirken. Wir können die Aufgabe, um ge-
sunde Lebensmittel bemüht zu sein, nicht nur den Veterinären und
den Beamten des Marktamtes überlassen. Das Wertvolle einer
Nahrung ist auch nicht an den Kaloriengehalt gebunden.

Gegen Bewegungsarmut und die Wiener Küche sowie gegen das Ghetto der bisherigen Ernährung zieht GR. Dr. Gisel zu Felde. Er urgiert vor allem ein reformiertes Lebensmittelgesetz, um das größte Kapital dieser Stadt, die Gesundheit der Bevölkerung erhalten zu helfen.

Namens der Sozialisten stimmt er den Budgetansätzen zu.

Schlußwort

STR. Dr. Glück: Die Wiederauffrischungsimpfungen konnten nur Erfolg haben, nachdem wir mit 600.000 Schilling Propaganda dafür gemacht haben. Zum Spitalsdefizit stellt er fest, daß ein Arbeitsausschuß zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ständig dabei ist, Mehrleistungen auf die Beine zu bringen. Ein Bett ohne Investitionen kostet 457 Schilling. Die Sozialversicherung zahlt zurzeit dafür nur 155.

Das hohe Alter der Krebskranken zeige, daß wir auf gutem Weg sind. Fahrbare Untersuchungslaboratorien hätten allerdings keinen Zweck. Man muß die Bevölkerung an die Ambulatorien heranbringen.

Familienplanung: Die 2. Universitätsfrauenklinik wird im kommenden Jahr eine Forschungsstelle für Familienplanung und Sexualerziehung einrichten. Ähnliche Stellen sollen auch an anderen medizinischen Schwerpunktzentren etabliert werden.

Zuwenig Geld für das AKH: Infolge der kostspieligen und zeitraubenden Abbrucharbeiten kann die Bauindustrie nicht mehr verkraften, als ins Budget aufgenommen wurde. Das gleiche gilt übrigens auch für das Rudolfsplatz. Gegebenenfalls würde der Spitzenausschuß um neue Mittel ansuchen.

Die Diabetesaktion der Ärztekammer wurde mit einer halben Million Schilling von der Gemeinde bedacht und basiert auf Initiativanträgen der Primarärzte der Stadt Wien.

Die Wiener Rettung zählt hinsichtlich ihrer Organisation und Einrichtung zu den besten in Europa. Vor allem Ausländer anerkennen dies immer wieder. Ein weiterer Punkt: Das Tbc-Gesetz bringt eine Mehrarbeit von Untersuchungen an 80.000 Personen aber auch ein weiteres Zurückgehen der Seuche.

Das Altersheim Lainz kann man nicht so einfach in eine Altersstadt umwandeln. Lainz wird ein chronisches Spital - das bedingt andere Einrichtungen. TV-Räume z.B. wären hier angebracht, nicht jedoch in Akutspitalern. Übrigens sind 95 Prozent der Lainzer Insassen kranke Menschen, denen primär Heilung zuteil werden soll.

Alkoholwerbung: Die beste Bekämpfung ist eine Gegenwerbung, indem man den Alkohol als Vernichter von Familien und Existenzen darstellt.

Eine eigene Schwesternausbildung für das geriatrische Fachgebiet würde auch er sehr begrüßen. Der Stadtrat bestätigte, Dr. Gisel, daß dieser mit Recht die vielen neuen Impulse in der medizinischen und sozialen Fürsorge in der Ersten Republik hervorgehoben hat. Aber nicht alles, was vorher war, ist schlecht: Man denke nur an die großen Spitäler und Anstalten, die heute noch von unendlicher Bedeutung sind und die unsere Väter und Großväter mit Voraussicht so lokalisiert haben, daß man ihnen dafür jetzt noch nur höchste Anerkennung zollen muß.

Mütter- und Schwangerenberatung: Besonders wichtig sei der Schwangerenpaß (der vor einer Überarbeitung steht), weil in den meisten Fällen der entbindende Arzt nicht auch die werdende Mutter bis zur Geburt behandelt.

Der schutzärztliche Dienst sollte in seiner Bedeutung angehoben werden. Die Ärzte, die die Kinder in den Schulen betreuen, wären dazu prädestiniert, innerhalb des Schulunterrichtes Gesundheitserziehung und Sexualaufklärung vorzunehmen. Die notwendige Aufklärung der heranwachsenden Menschen werde im Rahmen der Ehe- und Familienbetreuung gegeben werden, die bald in einer Zentralstelle von Wissenschaftlern experimentell erprobt werden soll.

Abschließend betonte der Stadtrat, daß eine erfolgreiche Gesundheitspolitik nur dann durchgeführt werden kann, wenn die Bevölkerung immer wieder und immer intensiver aufgeklärt wird. Dieser Aufklärungsarbeit werde man sich im kommenden Jahr besonders widmen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe V einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, GR. Planek unterbricht die Sitzung um 17.50 Uhr.

Die Verhandlungen werden morgen, Dienstag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Beratung über die Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Trauerfeier für Hofrat Dr. Leopold Zechner
=====

16. Dezember (RK) Im Stadtschulrat für Wien fand heute eine Trauerfeier für den ehemaligen Präsidenten des Stadtschulrates Hofrat Dr. Leopold Zechner statt. Daran nahm die Familie des Verewigten, ferner in Vertretung des Unterrichtsministers Sektionschef Dr. Ludwig Wohlgemuth, in Vertretung des Wiener Bürgermeisters, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl, der Obmann der SPÖ, Abgeordneter Dr. Bruno Kreisky, der Präsident des Landesschulrates von Oberösterreich Landtagsabgeordneter Hans Rödhammer und viele Freunde und Mitarbeiter des Verstorbenen teil.

Präsident Hofrat Dr. Max Neugebauer würdigte in seiner Ansprache das verdienstvolle Wirken des bedeutenden Schulmannes Leopold Zechner, das für immer mit der Entwicklung des österreichischen, vor allem aber des Wiener Schulwesens verbunden bleiben wird.

- - -